

NNiederschrift SA/023/2018

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 22.11.2018**

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

| | | |
|------------------|-----|-----------------------------|
| Herr Stefan Gude | CDU | Ratsmitglied / Vorsitzender |
|------------------|-----|-----------------------------|

Mitglieder:

| | | |
|----------------------------|-----------------------|---------------------------------------|
| Herr Christian Beckmann | CDU | Ratsmitglied ab TOP 3 |
| Frau Eva-Maria Brauer | SPD | Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzende |
| Frau Verena Kaisal | CDU | Sachkundige Bürgerin |
| Herr Fabian Lenz | CDU | Ratsmitglied ab TOP 3 |
| Herr Rainer Ortel | UWG | Ratsmitglied |
| Frau Claudia Reinke | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Heribert Röder | DIE LINKE | Ratsmitglied |
| Frau Ulrike Stockel | SPD | Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende |
| Herr Josef Wilp | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Jan-Philip Zimmermann | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Sachkundiger Bürger |

beratende Sachkundige Einwohner:

| | | |
|-------------------|-----|--|
| Frau Heike Barnes | SPD | Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung |
| Frau Lydia Maul | | Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat ab TOP 3 |
| Frau Dorit Tönjes | | Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat |

Verwaltung:

| | |
|--------------------------------------|--|
| Herr Raimund Gausmann | Beigeordneter |
| Herr Stefan Jüttner - von der Gathen | Stabsstelle VV II |
| Frau Birgit Kösters | Leiterin Musik- und Volkshochschule |
| Frau Sandra Jürriens | Stellv. Produktverantwortliche Schulverwaltung |
| Herr Ron Erdmann | Schriftführer |

Gäste:

| | |
|------------------|--|
| Herr Oliver Meer | Sprecher der Stadtschulleiterkonferenz |
|------------------|--|

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

| | | |
|---------------------------|-----|----------------------|
| Frau Janine Heile-Limberg | FDP | Sachkundige Bürgerin |
| Herr Udo Mollen | SPD | Sachkundiger Bürger |
| Frau Helena Willers | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Christel Zimmermann | SPD | Ratsmitglied |

beratende Sachkundige Einwohner:

| | |
|----------------------------|--|
| Frau Doris Hasenkamp-Jakob | Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche |
|----------------------------|--|

Der Ausschussvorsitzende Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung am 12.09.218

Zu Form und Inhalt der Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgebracht.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 12.09.2019 gefassten Beschlüsse

Herr Gausmann berichtet, dass sämtliche Beschlüsse ausgeführt wurden.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Umbau der Stadtbibliothek

Herr Gausmann berichtet, dass im Zuge des Rahmenplans Innenstadt auch die Stadtbibliothek von tiefgreifenden baulichen Veränderungen betroffen sei. Hierfür werde in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek und in Workshops mit Nutzern und Nicht-Nutzern dieser Einrichtung ein eigenes Bibliothekskonzept durch den Experten Herrn Mittrowann erarbeitet.

3.2. Geschwindigkeitsbegrenzung im Umfeld der Michaelschule

Herr Gausmann informiert aus gegebenem Anlass, dass die Ausbauplanungen im Bereich der Zeppelinstraße gem. der Vorgaben der Stadt Rheine offengelegt worden seien. Dies bedeute konkret, dass es einen zweiwöchigen Aushang gegeben und die Möglichkeit bestanden habe, sich von den entsprechenden Planern die Pläne erläutern zu lassen. In diesem Zeitraum seien auch einige Eingaben bei der Stadt Rheine eingegangen, insbesondere zu der Fragestellung, ob in diesem Bereich Tempo 30 oder 50 vorgeschrieben werden sollte. Diese Eingaben seien dann im Rahmen der Abwägungen des Bauausschusses berücksichtigt worden, der dann zu einer abschließenden Entscheidung (Tempo 50) kam.

Es habe also eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit gegeben und auch die Eingaben der Michaelschule seien in den Abwägungsprozess eingeflossen. Eine Zuständigkeit des Schulausschusses bestände in dieser Angelegenheit nicht und wäre angesichts der Tatsache, dass nahezu jedes Ausbauvorhaben im Stadtgebiet räumlich eine Schule betreffe, nicht zielführend, da sich hieraus immer eine zusätzliche Beratung durch den Schulausschuss ergebe.

Hinsichtlich der Schulwegsicherung seien zwei Querungshilfen auf Höhe der Sutrumer- sowie der Nienbergstraße eingeplant.

3.3. Anmeldezahlen der Grundschulen

Herr Gausmann informiert, dass am 05. Dezember 2018 ein Arbeitskreis Schulstruktur stattfände, bei dem auf Grundlage der aktuellen Anmeldezahlen die Zügigkeiten der Grundschulen festgelegt würden. Weiterhin machten die steigenden Schülerzahlen ebenfalls eine Betrachtung der mittelfristigen Entwicklungen im Sek-I-Bereich notwendig, die ebenfalls im AK erfolgen werde.

3.4. Namensänderung der Sekundarschule am Hassenbrock

Herr Gausmann informiert über ein einstimmiges Votum der Schulkonferenz der Sekundarschule am Hassenbrock, die eine Umbenennung in „Alexander-von-Humboldt-Schule, Sekundarschule der Stadt Rheine“ beantragt. Angesichts der auszustellenden Halbjahreszeugnisse bittet die Schule um Zustimmung zur Umbenennung vor dem Schulhalbjahreswechsel. Gemäß der Geschäftsordnung ist für die Namensgebung von Schulen der Rat der Stadt Rheine zuständig, der in seiner nächsten Sitzung am 04. Dezember 2018 darüber beschließen wird.

Aufgrund der vorgetragenen „Dringlichkeit“ der Schule entfalle eine weitere Vorberatung im Schulausschuss. Dennoch erfolgt eine kurze Abfrage der Fraktionen, die sich allesamt mit dem vorgeschlagenen Schulnamen einverstanden erklären.

3.5. Benennung von Schwerpunktschulen des gemeinsamen Lernens

Das Ministerium für Bildung und Schule NRW hat in einem neuen Erlass die Eckpunkte der Zukunft der Inklusion im weiterführenden Schulbereich festgelegt. In diesem Kontext würden, wie Herr Gausmann im letzten SA bereits informierte, Schwerpunktschulen des gemeinsamen Lernens eingerichtet werden. Diese Schulen verfügten dann lediglich noch über eine Klassenbandbreite von 25 Kindern. Die Einrichtung dieser Schwerpunktschulen setze das Vorliegen sowohl der sächlichen als auch personellen Rahmenbedingungen für die Inklusion voraus.

Der Schulträger sei nunmehr seitens der Bezirksregierung angefragt worden, wie sich das gemeinsame Lernen im weiterführenden Schulbereich in Rheine standortmäßig gestalten könne. Eine Entscheidung falle in dieser Angelegenheit jedoch ausschließlich die Bezirksregierung. Der Schulträger könne seine Zustimmung dabei lediglich verweigern, wenn die sächlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des gemeinsamen Lernens nicht mit verträglichem Aufwand hergestellt werden könnten.

Derzeit seien im weiterführenden Schulbereich gegenwärtig vier GL-Schulen vorhanden, die Euregio-Gesamtschule, die Sekundarschulen sowie das Kopernikus-Gymnasium. Letzteres werde perspektivisch seinen Status als GL-Schule verlieren, da Gymnasien diesen lediglich behielten, wenn in der Vergangenheit bereits in ausreichendem Maße GL-Angebote vorgehalten wurden. Konkret bedeutet dies, dass mindesten drei GL-Schüler/innen pro Eingangsklasse zugewiesen worden sein müssten, was beim Kopernikus-Gymnasium nicht der Fall war.

Seitens des Schulträgers würden zukünftig weiterhin die beiden Sekundarschulen als GL-Schulen gesehen, was den Vorteil besserer personeller Ausstattung böte. An der Euregio-Gesamtschule wiederum würden durch eine Benennung als Schwerpunktschule und die damit einhergehende Reduzierung der Klassenbandbreite im Bereich der Eingangsklassen ca. 25 Plätze wegfallen, was bei einem gegenwärtig bereits bestehenden Anmeldeüberhang i. H. v. 30 – 50 Schülerinnen und Schülern ein Schritt in die falsche Richtung sei. Weiterhin führe die Bezirksregierung ins Feld, dass durch die beschriebene Verringerung von Schulplätzen die Gefahr bestände, dass an der Euregio-Gesamtschule perspektivisch keine genehmigungsfähige Oberstufe mehr gebildet werden könne, wodurch die Schule automatisch zur Sekundarschule umgewandelt würde. Da ein Ausbau der Euregio-Gesamtschule zur Anhebung der Zügigkeiten baulich wie räumlich nicht möglich sei, sollte von einer Benennung als Schwerpunktschule Abstand genommen werden.

Stattdessen wird vorgeschlagen die Elsa-Brändström-Realschule als GL-Schule zu entwickeln. Dies sei jedoch aus verschiedenen Gründen nicht zum 01. August 2019 hin umsetzbar. Erstes bestände noch ein Beschluss des Schulausschusses, der die Zügigkeit in der Eingangsstufe der Realschule auf vier begrenze. Damit würden hier, trotz den bereits jetzt vorliegenden Anmeldeüberhängen ca. 20 Schulplätze wegfallen. Es müsste daher eine Erhöhung der Zügigkeit vorgenommen werden, für die jedoch zweitens derzeit nicht die räumlichen Rahmenbedingungen beständen. Diese würden in einer Machbarkeitsstudie geprüft werden, die sich gegenwärtig in der Ausarbeitung befände. Drittens, und dieser Grund gelte für alle GL-Schulen, sei eine Rahmenbedingung für die Einrichtung die Ausstattung mit entsprechenden Personal. Bei gegenwärtigen ca. 3.000 fehlenden Sonderschulpädagogen in NRW sei dieser Punkt gegenwärtig fraglich. Die Entscheidung hierüber obliege jedoch der oberen Schulaufsichtsbehörde

Die Fraktionen geben in verschiedenen Redebeiträgen die Rückmeldung, dass eine Information der Politik durch die Stadtverwaltung anstatt durch die Lokalpresse wünschenswert gewesen wäre und das Vorgehen des Ministeriums zu kurzfristig sei, da die Vorbereitung echter Inklusion mehr Zeit bedürfe. Weiterhin zeigten sich die Fraktionen erleichtert, dass alle Rahmenbedingungen nicht bereits zum 01. August 2018 geschaffen sein müssten, wiesen jedoch dennoch darauf hin, dass auch eine Umsetzung zu 2020 einen erheblichen zeitlichen Druck mit sich bringe.

3.6. Weitere Förderung und Finanzierung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz

Herr Gausmann informiert, dass der Kreis Steinfurt der Stadt Rheine mitgeteilt habe, dass er mit Datum vom 01. Oktober 2018 den Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Münster über die Weiterfinanzierung der BuT-Schulsozialarbeit in den Jahren 2019 – 2020 erhalten habe. Somit sei die Finanzierung der BuT-Schulsozialarbeit auch in den Jahren 2019 und 2020 im gleichen Umfang wie im Jahr 2018 gesichert. Die Bezirksregierung verlange auch für die Jahre 2019 – 2020 den Abschluss eines Vertrages über die Weiterleitung der Landesmittel vom Kreis Steinfurt an die kreisangehörigen Kommunen. Die Weiterleitungsverträge würden derzeit vom Kreis Steinfurt vorbereitet. Anschließend sei dann wie in den vergangenen Jahren eine Unterzeichnung durch den Landrat und durch die jeweiligen Bürgermeister vorgesehen.

In Rheine werde die Leistung der BuT-Schulsozialarbeit von insgesamt 2,06 pädagogischen Fachkräften des Trägers Jugend- und Familiendienst wahrgenommen.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Anpassung der Gebührenordnung der Musikschule der Stadt Rheine Vorlage: 227/18/2

Seitens der CDU-Fraktion wird ein Änderungsantrag gestellt, der darauf abzielt, die bisherigen Großgruppentarife beizubehalten. Diesem Antrag schließen sich alle Fraktionen an.

Aus dem gut gefüllten Zuschauerraum kommt die Anmerkung, dass noch Fragebedarfe hinsichtlich der von der Verwaltung unter TOP 3 gegebenen Informationen beständen. Den TOP 4 – Einwohnerfragestunde habe man nicht als Gelegenheit zur Meldung erkannt.

Angesichts der Menge an Besuchern und dem offensichtlichen Informationsbedarf seitens der Bürgerschaft wird die Sitzung um 17:45 Uhr unterbrochen. Während der Unterbrechung erhalten die Bürger/innen die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Inhaltlich wird die Einwohnerfragestunde in gleichem Rahmen (Schulausschussmitglieder und Vertreter der Verwaltung sind vollständig anwesend) nachgeholt. Das Protokoll dieser Unterbrechung ist als Anlage 1 beigefügt.

Um 17:55 Uhr erfolgt ein Wiedereinstieg in die Sitzung.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine die Änderungen der aktuellen Gebührenordnung (vom 19. Juli 2012) für die Musikschule Stadt Rheine zum 01. 01. 2019 zu beschließen und dabei die Streichung der Großgruppentarife nicht zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2018/2019
Vorlage: 431/18

Seitens der Politik wird auf die Anzahl der externen Schüler/innen aus Hörstel, die die Rheiner Gymnasien besuchen hingewiesen, welche zu niedrig erscheint.

Im Anschluss der Sitzung konnte geklärt werden, dass die auswärtigen Schüler/innen aus Bevergern und Riesenbeck separat in der Oktoberstatistik aufgeführt sind, auch wenn dies Stadtteile von Hörstel sind. Die Anlage der Vorlage ist somit korrekt.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorgelegte Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2018/2019 zur Kenntnis.

7. Kooperation im Sek. II Bereich aller Rheiner Schulen
Vorlage: 438/18

Herr Gausmann sowie Herr Meer heben die Bedeutung der Oberstufenkooperation hervor sowie die Chancen, die dies für die Schüler/innen in Rheine mit sich bringt.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Kooperation aller weiterführenden Schulen im Sekundar-II-Bereich zur Kenntnis.
2. Der Schulausschuss stellt die Gelder aus dem Budget 2311 zur Sicherstellung des Schülerverkehrs zwischen den weiterführenden Schulen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Teiljahresabschlussbericht 2017, Sonderbereich 2 - Bildung
Vorlage: 432/18

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2017 für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 23 (Bildung) – zur Kenntnis.

9. Berichtswesen 2018, Stichtag 31.10.2018, Sonderbereich 2, Produktgruppe 23 - Bildung
Vorlage: 433/18

Herr Gausmann erklärt, dass sich die Ergebnisverschlechterung fast ausschließlich aus einem verschobenen Abruf der Landesmittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ergebe. Der für 2018 eingeplante Abruf von Fördergeldern i. H. v. ca. 1,7 Mio. Euro werde erst in 2019 erfolgen. Hieraus ergebe sich jedoch keine Verzögerung der dadurch finanzierten Ausbauprojekte.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2, Produktgruppe

23 – Bildung, mit dem Stand der Daten zum 31.10.2018 zur Kenntnis.

**10. Beratung Stellenplan 2019, Sonderbereich 2, Produktgruppe 23 - Bildung
Vorlage: 434/18**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein.

Die SPD-Fraktion weist trotz der im vergangenen Schulausschuss dargestellten Nachbesetzungsproblematiken noch einmal auf die Wichtigkeit einer besetzten Leitungsposition der Schulverwaltung hin.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 2 (Produktgruppe 23, Bildung) in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2019 zu übernehmen.
2. die nachstehenden befristeten Stellen des Sonderbereiches 2,

| Lfd. Nr. | Kurzbezeichnung der Stelle | Stellenanteil / Wert | befristet in Monate |
|----------|--|----------------------|---------------------|
| 1 | Konzeptionelle Tätigkeiten Schulverwaltung | 1,00 / A 10 | 60, bis 31.12.2022 |
| 2 | | | |
| 3 | | | |
| Summe | | 1,00 / A 10 | |

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2019 - 2022, Sonderbereich 2, Produktgruppe 23 - Bildung
Vorlage: 437/18**

Herr Gausmann betont die Schwerpunkte der Ausgaben, die in den Bereichen Betreuung, Grundschuloffensive sowie Medienentwicklungsplan liegen.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 2, Produktgruppe 23 – Bildung, unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Standardisierung der Ausstattung der Schulen der Stadt Rheine
Vorlage: 441/18**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und erklärt auf Rückfrage, dass es sich bei den festgelegten Standards hinsichtlich des Mobiliars lediglich um Mindestanforderungen handele.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Standardisierung der Ausstattung der Schulen der Stadt Rheine zur Kenntnis.

13. Anfragen und Anregungen

13.1. Darstellung der Rheiner Schulen im Telefonbuch

Die CDU-Fraktion weist auf die verquere Struktur der Rheiner Schulen im Telefonbuch hin, wo alle Schulformen durcheinander gingen und bittet um Korrektur in zukünftigen Ausgaben.

13.2. Sitzung des Schulausschusses an der Nelson-Mandela-Schule

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion informiert Herr Gausmann, dass die kommende Schulausschusssitzung am 23. Januar 2019 an der Nelson-Mandela-Schule stattfinden wird.

13.3. Mobile Raumssysteme an der Sekundarschule am Hassenbrock

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion informiert Herr Gausmann, dass die mobilen Raumssysteme an der Sekundarschule am Hassenbrock aufgestellt worden seien und nun für die in Kürze anlaufende Nutzung für den Schulbetrieb hergerichtet würden.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:21 Uhr

Stefan Gude
Ausschussvorsitzender

Ron Erdmann
Schriftführer